

15.11.2013 – PM 104/2013

Aus- und Weiterbildung

IG BAU fordert neue Regierung zu mehr Engagement für junge Menschen auf

Berlin – Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die neue Bundesregierung auf, sich stärker für die Qualifizierung junger Menschen einzusetzen. „Die angehende Koalition muss endlich mehr für Schulabgänger tun. Der Staat darf sich nicht aus der Verantwortung stellen, wenn es darum geht, jungen Menschen eine Lebensperspektive zu eröffnen. Dazu zählt, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers auf der von der IG BAU organisierten Berufsbildungspolitischen Tagung vor rund 150 Ausbildern, Berufsschullehrern und Berufsbildungspolitik-Experten der IG BAU heute (für die Red.: Freitag, 15. November 2013) in Berlin. „Wir können es uns nicht leisten, auch nur einen jungen Menschen zurück zu lassen. Es muss auch in der Politik das Ziel sein, jeden zu qualifizieren. Die IG BAU ist bereit, ihren Beitrag zu leisten. Es ist jetzt an der Zeit, dass sich auch Staat und Arbeitgeber zu einer Stärkung der dualen Betriebsausbildung bekennen.“

Die Bilanz des sogenannten Ausbildungspakts ist aus Sicht der IG BAU völlig unzureichend. Inzwischen liegt die Quote der Ausbildungsbetriebe auf dem niedrigsten Stand seit 1999. Folge ist, dass Schulabgängern der Weg in eine beruflich gesicherte Zukunft verbaut ist. In diesem Jahr suchen immer noch 83 500 einen Ausbildungsplatz. Hinzu kommen 267 000 Jugendliche, die in Warteschleifen hängen und sich ebenfalls eine vernünftige Berufsausbildung wünschen. „Es ist doch jedem klar, dass es besser ist, in Bildung zu investieren als in Hartz IV“, betonte Schäfers. „Deshalb brauchen wir hier größere Anstrengung. Das gilt im Übrigen nicht nur für die Berufsausbildung sondern darüber hinaus auch für die weitere Qualifizierung. Gezielte Weiterbildung schafft attraktive Aufstiegsperspektiven und sichert den Innovationsstandort Deutschland.“